



Liebe Leserinnen und Leser,  
am Donnerstag fanden die Beratungen von Bundeskanzlerin Merkel mit den Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer statt.

Das Tempo der Ausbreitung des Virus macht die derzeitige Pandemielage sehr ernst. Wenn es bei diesem hohen Tempo bleibt, dann kommen wir binnen Wochen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir frühzeitig geeignete Maßnahmen ergreifen.

Für die von den temporären Schließungen betroffenen Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen werden wir eine außerordentliche Wirtschaftshilfe gewähren, um sie für die finanziellen Ausfälle zu entschädigen.

Sie finden den Beschluss anbei.

Ihre

Finanzpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Neue Corona-Hilfe

Wir werden die Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die temporär schließen müssen, nicht alleine lassen, sondern schnell und umfangreich unterstützen. Es werden daher kurzfristig sehr zielgerichtete außerordentliche Wirtschaftshilfen bereitgestellt.

### Überbrückungshilfen

Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten erhalten bis zu 75 Prozent ihres Umsatzes von November 2019. Bei jungen Unternehmen gelten die Umsätze von Oktober 2020 als Maßstab. Soloselbstständige haben das Wahlrecht, als Bezugsrahmen für den Umsatz auch den durchschnittlichen Vorjahresumsatz 2019 zugrunde zu legen.

Die Beantragung wird in kürze auf [www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de](http://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de) möglich sein.

Für größere Unternehmen gelten abweichende Prozentanteile vom Vorjahresumsatz.

### KfW-Schnellkredit

Zusätzlich werden die KfW-Schnellkredit für Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten geöffnet. Auf diesem Weg können Unternehmen bei ihrer Hausbank zügig einen Kredit in Höhe von bis zu 300.000 Euro erhalten, abhängig vom Umsatz im Jahr 2019. Eine Kreditrisikoprüfung findet nicht statt, der Bund übernimmt dafür das vollständige Ri-

siko und stellt die Hausbanken von der Haftung frei.

.....

## Bericht über Finanzstabilität

Der Finanzausschuss hat sich mit dem jährlichen Bericht des Ausschusses für Finanzstabilität befasst. Der Ausschuss stellt fest, dass die umfangreichen staatlichen Maßnahmen im Frühjahr eine Liquiditätsklemme, die auf den erhöhten Liquiditätsbedarf coronageschädigter Firmen zurückzuführen gewesen wäre, verhindert haben. Sie stützen die Realwirtschaft und verringern Risiken für das Finanzsystem.

Die Banken funktionieren: Sie differenzieren zwischen guten und schlechten Risiken und vergeben weiterhin Kredite an kreditwürdige Schuldner. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist nach wie vor niedrig.

Der AFS geht davon aus, dass das Bankensystem auch die zu erwartende steigende Zahl an Unternehmensinsolvenzen verkraften wird.

Denn die Widerstandsfähigkeit der Banken ist heute größer als vor der Finanzkrise, weil die im Anschluss beschlossenen Reformen Spielraum geschaffen haben: Die Banken sind besser kapitalisiert, haben zusätzliche Kapitalpuffer, die in guten Zeiten präventiv für schlechte aufgebaut werden, und können diese flexibler nutzen.

Kritisch sieht der AFS die weiter starke Verflechtung deutscher Banken untereinander, die im Falle von Abwicklungen zu Ansteckungen innerhalb des nationalen Bankensektors führen können.

Die Verschuldung der privaten Haushalte ist wie vor niedrig.

### 3,3 Mio. Euro für die Löberfeld-Kaserne

Mit Bundesmitteln wird erneut ein Dienstgebäude des Logistikkommandos der Bundeswehr saniert. Noch im November ist der Beginn der Baumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rund 3,3 Mio. Euro geplant.

Mit den Baumaßnahmen wird das vorletzte Dienstgebäude des Logistikkommandos angepasst. Es soll der Unterbringung von Teilen der ca. 700 Dienstposten des Kommandos dienen.

### Mindestlohn steigt

Der gesetzliche Mindestlohn wird bis zum 1. Juli 2022 in vier Stufen auf 10,45 Euro brutto je Stunde erhöht.

Die Entscheidung beruht auf der Empfehlung der Mindestlohnkommission. Diese hatte einstimmig die Anpassung des gesetzlichen Mindestlohnes vorgeschlagen.

### Debatte über Corona

In den letzten Tagen höre ich öfters, dass sich die Parlamente nicht oft genug mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen befasst haben.

#### Hier die Fakten zum Bund:

Seit Mitte März haben wir uns allein im Plenum über 70 Mal mit der Corona-Pandemie befasst und dabei rund 30 Gesetze verabschiedet - darunter große Hilfs-

programme mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Billionen Euro.

Es gab vier Regierungserklärungen und 5 aktuelle Stunden. Stand 30. Oktober kommt das Wort „Corona“ über 4.100 mal im Plenarprotokoll vor.

Eine gut gemachte Übersicht finden Sie auf der Seite des ZDF unter [www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-bundestag-beschluesse-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-bundestag-beschluesse-100.html)

### Mehr Frauen bei Anhörungen

Gemeinsam mit Kolleginnen des Finanzausschusses habe ich eine fraktionsübergreifende Vereinbarung zur Steigerung des Frauenanteils bei Anhörungen getroffen. Wir werden in Zukunft mindestens 30 Prozent der Sachverständigenposten mit Frauen besetzen.

Bereits bei der Anhörung zum Jahressteuergesetz in dieser Woche waren 6 der 14 Sachverständigen Frauen.



Antje Tillmann MdB, Dr. Deborah Schanz, Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Monika Wünnemann, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Dr. Daniela Kelm, Institut der Wirtschaftsprüfer, Marie-Alix Freifrau Ebner von Eschenbach, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Sylvia Mein, Deutschen Steuerberaterverband e.V., Arndt Brauer MdB, Katja Hesse MdB, Lisa Paus MdB;  
Foto: Michael Wittig | CDU/CSU-Bundestagsfraktion